



23. April 2015

Schlussbericht PUK-GNW Erste Stellungnahme des Staatsrats

(IVS).- Der Staatsrat hat dem Grossen Rat eine erste Stellungnahme zum Schlussbericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Gesundheitsnetz Wallis zukommen lassen. Die PUK-GNW formuliert für den Kanton insbesondere in den Bereichen Aufsicht und Zusammenarbeit zwischen den Gesundheitsbehörden und Spital Wallis verschiedene Empfehlungen. Der Staatsrat hat die Empfehlungen überprüft und schlägt Verbesserungsmassnahmen vor.

Der Schlussbericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Gesundheitsnetz Wallis enthält in verschiedenen Bereichen wie Aufsicht oder Planung rund 20 Empfehlungen an den Staatsrat. Nachdem der Staatsrat den Bericht zur Kenntnis genommen hat, wird dieser sich in folgenden Themenbereichen konsequent einsetzen: Aufsicht, Planung, Qualitätssicherung, Vereinbarungen mit Universitätsspitalern, Organisationsstruktur von Spital Wallis, Finanzierung der Infrastruktur, hochspezialisierte Medizin und interventionelle Kardiologie. Insbesondere im Aufsichtsbereich konnten bereits mehrere Massnahmen ergriffen werden. Das Gesundheitsdepartement verfolgt seit mehreren Jahren die auf Bundesebene erfassten Qualitätsindikatoren. Zudem gewährleisten die nach strikten Kriterien vergebenen Leistungsaufträge an die Spitäler und Kliniken eine hohe Patientensicherheit und Versorgungsqualität.

Wie von der PUK-GNW verlangt, wird über die getroffenen Vorkehrungen bis Ende Dezember 2015 ein ausführlicher Bericht zuhanden des Parlaments erstellt. Zu den Empfehlungen, die direkt die kantonalen Instanzen betreffen, wird ein Aktionsplan erstellt. Der Staatsrat wird sich ebenfalls vergewissern, dass Spital Wallis für die weiteren Empfehlungen entsprechende Massnahmen ergreift.

Der Bericht der parlamentarischen Untersuchungskommission zum Gesundheitsnetz Wallis weist auf Unzulänglichkeiten hin, sowohl bei Spital Wallis wie auch auf politischer Ebene. Der Staatsrat anerkennt, dass die Regierung nicht über jeden Tadel erhaben ist, und erachtet die Kritik gegen Maurice Tornay, den ehemaligen Vorsteher des Gesundheitsdepartements, als unverhältnismässig. Die Regierung hätte die ersten Warnsignale früher erkennen müssen, früher eine proaktive Aufsicht ausüben sollen, Gutachten auf der Grundlage einer wissenschaftlichen Methode in Auftrag geben und den Dialog mit allen betroffenen Parteien suchen müssen. Um zu verhindern, dass sich solche Unzulänglichkeiten wiederholen, wurden inzwischen bereits verschiedene Massnahmen im Sinn der Empfehlungen der PUK-GNW umgesetzt oder befinden sich in Vorbereitung.

Beilage: Stellungnahme des Staatsrats

Esther Waeber-Kalbermatten, (DGSK), 079 248 07 80

Jean-Michel Cina, Staatsratspräsident, 027 606 23 00

Maurice Tornay, (DFI), 027 606 50 05

